

3.5 Umweltzentren, -büros, -institute, -werkstätten usw.

Der Begriff umfaßt hier alle räumlichen Einrichtungen, die nicht in erster Linie der Verwaltung von Umweltschutzverbänden oder -institutionen dienen, sondern direkt am Ort, mit regionalen oder überregionalen Bezügen Umweltschutzaktivitäten durchführen. Der Schwerpunkt liegt oft in der Umweltbildung und -beratung, zu der auch die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit gehört.

Außerschulische Umweltbildung

In ihrer Gründungszeit (meist in den 80er Jahren) haben sich Umweltzentren und Naturschutzstationen sehr vielfältig und unabhängig voneinander entwickelt. Viele sahen Schulen und bestehende Organisationen als ihre Zielgruppe, sie waren oft auch verbandlichen oder staatlichen Einrichtungen direkt angehörig. Andere organisierten ihre Angebote frei, d.h. sie riefen über Tageszeitungen, Plakate und eigene Programme zu ihren Veranstaltungen und Angeboten auf. Dieser zweite Weg ist seit Anfang der 90er Jahre kaum noch zu finden. Zum einen ist es sehr schwer geworden, in einer Zeit gesunkenen Umweltbewußtseins und hohen Umweltwissens überhaupt Menschen für Umweltschutzthemen zu interessieren. Zum zweiten sind die Zuschüsse für freie Angebote weitgehend gestrichen worden, so daß es schwierig wurde, selbstorganisierte und nicht an feste Institutionen angebundene Umweltzentren überhaupt aufrecht zu erhalten. Schulklassen und andere feste Gruppen, Vereine und Einrichtungen kommen auch dann, wenn die als Zielgruppe verstandenen Menschen kein Interesse haben, denn über LehrerInnen oder Vereinsvorsitzende wird mehr oder weniger deutlich Zwang ausgeübt.¹

Durch die Fixierung auf staatliche oder festorganisierte PartnerInnen sowie auf die noch bestehenden Fördertöpfe mußten sich die Angebote in Form und Inhalt den Vorgaben anpassen. Die in den 80er Jahren ausgeprägte Experimentierfreudigkeit in der Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit ließ gänzlich nach. Heute sind Umweltzentren im Bildungsbereich AnbieterInnen routinierter Abläufe ohne Überraschungen und Kreativität. Im Mittelpunkt steht das reine und unpolitische Naturerleben sowie die Wissensvermittlung. Als praktische Aktivitäten werden Tipps zum umweltfreundlichen Haushalt, Backen, Kochen oder naturverträgliche Kosmetika vermittelt.

Angesichts des nachlassenden Umweltengagements in der Bevölkerung ist auch festzustellen, daß die Umweltbildung der vergangenen 20 Jahre versagt hat. Sie hat die Menschen nicht dauerhaft für den Schutz der Umwelt gewinnen können, sondern nur oberflächliche, allgemeine Erlebnisse vermittelt.

Als bundesweiter Dachverband existiert die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU). Von ihr gingen nie emanzipatorische Impulse aus, heute ist sie eine Beratungsstelle für Bildungseinrichtungen mit einem sehr einseitigen Themenangebot im Bereich Agenda 21, Nachhaltigkeit usw. – gesteuert von den Möglichkeiten, staatliche Geldtöpfe anzuzapfen.

Im Original: Auszüge aus dem Text „Beigeschmack von Repression“ von Hans Göpfert, Politische Ökologie Sept./Okt. 97 (S. 11)

Naturschutzverbände und andere Freizeitorganisationen bieten sich zudem als Vermittler von Naturerlebnissen an. Da sie sich jedoch mit ihren Aktivitäten oft an die Schule anlehnen, diese dabei in ihrem Zwangscharakter nicht in Frage stellen, leisten sie auch einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Legitimierung von Zwangsbildung.

Die Themen: Vom klassischen Umweltschutz zum modernen Lifestyle

Ausgangspunkt der Umweltbildung waren die klassischen Themen vom Artenschutz bis zur Atompolitik. Die Vielzahl selbstorganisierter Seminare sowie nur einzelfallweise mit Staatsgeldern unterstützter Bildungsangebote war kaum überschaubar – viele Gruppen gaben eigene Seminarprogramme heraus. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich als Stil der Bildungsarbeit eine sehr schulische Form durch, unterstützt durch gezieltere Geldvergabe von Staat und Stiftungen, die feste Seminarabläufe, frontale Wissensvermittlung sowie oft naturkundlich-wissenschaftlich ausgerichtete Maßnahmen einforderten. Hinzu kamen Fördermittel für feste Stellen in Einrichtungen, deren Aufgabe wiederum die Zentralisierung und damit auch Kontrolle von Bildungsmaßnahmen war. In der Folge klaffte eine immer größere Lücke zwischen Seminarthemen und -veranstaltungen und den tatsächlichen politischen Auseinandersetzungsfeldern. Bildungsarbeit entfernte sich von politischen Bezügen, praktische Aktion entleerte sich aufgrund der Trennung inhaltlich zusehends. Die unabhängige Jugendumweltbewegung von ca. 1985 bis 1994 war die letzte Phase, innerhalb derer Seminar- und Aktionsinhalte aufeinander bezogen waren.

Ende der 80er Jahre erfaßt eine Esoterik- und Lebensstil-Welle die Gesellschaft. Dabei waren es vor allem reichere Schichten, die sich Themen wie alternativen Heilverfahren, Therapien oder höheren Mächten zuwendeten. Die Esoterik war eine Reaktion auf die zunehmende Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft. Eine besondere Bedeutung erlangten esoterische Themen, Selbsterfahrungs-, Meditations- und esoterische Kreise auch in der Umweltbewegung, da hier Resignation und Ziellosigkeit ausgebrochen waren. Jedes vierte verkaufte Buch stammte zeitweise aus esoterischem Gebiet.² Therapieformen und -gruppen wuchsen wie Pilze aus dem Boden, die Menschen zahlten unglaubliche Preise für höhere Erkenntnisse. Das merkten auch solche Bildungseinrichtungen, die bislang ökologische Themen anboten. Etliche nahmen spirituelle Angebote in ihr Programm auf: Tiefenökologie, Meditation, Umwelt und Psychologie oder Tai Chi hießen einige der Themen. Kaum ein Seminarprogramm oder ein Kongreß hatte nicht einen erheblichen Anteil solcher Workshops, Tagungen und Seminare. Auch im praktischen, handwerklichen Bereich wechselte das Angebot. Kochen, Schuhe nähen, Massage oder Seidenmalerei verdrängten klassische Naturschutzthemen und praktische Tipps, z.B. zu ökologischem Gemüsebau, Fahrradbasteln oder Solaranlagenbau immer mehr.³

Mitte der 90er Jahre kam ein zweites Thema hinzu, das Seminar- und Bildungsinhalte zu dominieren begann: Die gesamte Spanne von Nachhaltigkeitsthemen, Agenda 21 bis hin zu modernem Lifestyle. Noch deutlicher als die zielgerichtete Mittelvergabe für entpolitisierte Bildungsangebote in den 80ern war staatliches Geld der Auslöser. Umweltverbände, Wissenschaftsläden, Umweltinstitute, -zentren usw. wurden zu Anbietern der gesellschaftliche Machtstrukturen völlig ausblendenden Bildungsangebote zur Nachhaltigkeit. Fast alle Fördergelder setzten diesen Bezug voraus, die Umweltverbände und -einrichtungen folgten willig. Aus UmweltberaterInnen und -pädagogInnen wurden Agenda-ModeratorInnen oder AnbieterInnen dazu passender Bildungsangebote. Wer seinen Job im Umweltbildungsbereich retten wollte, mußte den Schwenk zum neu vorgegebenen Thema mitmachen. Angesichts der Dominanz der Hauptamtlichen in den meisten Umweltzentren und -einrichtungen ließ sich das auch ohne Probleme durchsetzen.⁴

Finanzielle Abhängigkeit

Umweltzentren brauchen Räume, oft ganze Häuser. Die sind teuer. Meist haben die Zentren auch keine breite Mitgliedschaft, so daß über Beiträge kaum Einnahmen zu erzielen sind.

Besser möglich wären eigenwirtschaftliche Tätigkeiten, denn in Verbindung mit einem Umweltzentrum sind nicht nur kostenpflichtige Bildungsangebote möglich, sondern auch z.B. Bücher- oder Materialverkauf, Bioläden und Märkte, Cafébetrieb, Fahrrad- oder Fahrradhängerverleih sowie vieles mehr. In der Regel nutzen die meisten Umweltzentren diese Möglichkeiten aber nicht aus.⁵ Die Hauptverantwortlichen streben gesicherte Stellen an, die unabhängig vom jeweiligen Ertrag finanziell gesichert sind. Das aber ist nur über einen großen und zahlungskräftigen UnterstützerInnenkreis möglich oder mit Hilfe staatlicher Zuwendungen. Auf letzteres setzten fast alle Zentren. Damit begaben sie sich als Einrichtung in eine direkte Abhängigkeit von laufenden Zuschüssen. Die zentralen Personen wurden zudem auch persönlich abhängig. Konflikträchtige Auseinandersetzungen mit den GeldgeberInnen waren dann kaum noch denkbar, zumal in den letzten Jahren durch Kürzungen beim Staat eine erhebliche Finanznot entstand. Die Umweltzentren sind fast überall zu zahlen „Ergänzungsobjekten“ der staatlichen oder kommunalen Verwaltung geworden, d.h. die übernehmen Teilaufgaben, die die Verwaltung nicht leisten kann oder will, und werden dafür bezahlt. Und sie sind über inhaltliche Vorgabe, die mit der Geldvergabe gekoppelt sind, beliebig steuerbar. Die Umwidmung der Geldtöpfe für Naturschutz, Umweltbildung und -beratung zugunsten der Agenda 21 führte zu einem schnellen Einschwenken fast aller Aktivitäten und Angebote auf diesen Themenbereich.

Im Original: Auszüge aus dem Text „Privat oder staatlich, marktwirtschaftlich oder subventioniert?“ von Claus Reuther in: Gruppe Naturschutz, 1993, „Umweltzentren im wiedervereinigten Deutschland und im zukünftigen Europa“, Hankensbüttel (S. 77)⁶

Der Einfluß des Staates ist immens. Nur ein Drittel aller Zentren hat absolut keinen staatlichen Träger (...). Jedes dritte Zentrum ist zu 100% staatlich.

Gesteigerte Abhängigkeit: Landesweite Zentren und Akademien

Fast jedes Bundesland verfügt über ein landesweites Umwelt- oder Naturschutzzentrum. In einigen Ländern werden diese Einrichtungen Akademien genannt bzw. wurden nachträglich zu solchen aufgewertet (z.B. 1997 in Hessen). Sie haben nicht nur fachliche und Bildungsaufgaben. Sie sind Einrichtungen des Landes oder von ihnen vollständig finanziell und personell abhängig. So stellen sie wichtige Steuerungseinrichtungen für die inhaltliche Entwicklung der Umweltbildung und des Umweltschutzes im allgemeinen dar. Die Landesregierungen gestalten die Arbeit der Zentren so, daß diese über Tagungen, Veröffentlichungen und Vorlagen für politische Entscheidungen (z.B. Geldvergabe oder Verordnungen) maßgeblichen Einfluß auf das Naturschutzgeschehen haben. Dabei wird über die finanzielle Abhängigkeit, über die Mehrheit im Vorstand oder Dienstverhältnisse mit den leitenden Angestellten⁷ sichergestellt, daß die Regierung jederzeit steuern kann, was erarbeitet, gefordert und veröffentlicht wird. Somit sind Akademien und landesweite Zentren verlängerte Arme der Regierungen. Sie können aber, weil sie einen Namen tragen, der eine Unabhängigkeit vom Staat vorspiegelt, besser in der Öffentlichkeit oder gegenüber den aktiven NaturschützerInnen Ideen umsetzen. Sie haben integrierende Wirkung, führen Informationsveranstaltungen für Führungskräfte im Umweltschutz durch, stehen als ModeratorInnen zur Verfügung und locken mit ihrem Geldh. Sie verwalten Zuschußgelder oder haben auf die Vergabeentscheidungen maßgeblichen Einfluß. In fast allen Ländern sind die großen Naturschutzverbände Mitglied der Akademien und Zentren, wodurch es den Zentren/Akademien gelingt, sich als Dachorganisation der Umweltverbände darzustellen. Die Umweltverbände haben jedoch nirgends die Mehrheit gegenüber den staatlichen VertreterInnen, obwohl Konflikte ohnehin nicht zu erwarten wären, weil die Verbände auch selbst stark abhängig

vom Staat sind. Unabhängige Gruppen werden nirgends in die Entscheidungs- und Diskussionsprozesse eingebunden. Es kann sogar vorkommen, daß solche NaturschützerInnen gezielt ausgegrenzt werden, z.B. auf Tagungen oder Besprechungen nicht anwesend sein dürfen (Anmeldeverfahren nur über anerkannte Umweltverbände).

Die großen staatlichen Zentren sind im Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) zusammengeschlossen.⁸

Umwelt- und Projektwerkstätten

Als Alternative zu den abhängigen Zentren und staatsnahen Umweltverbänden entstanden Anfang der 90er Jahre ca. 50 Umwelt- und Projektwerkstätten.⁹ Auch sie fanden ihren Schwerpunkt im Bildungs- und Öffentlichkeitsbereich. Viele von ihnen traten aber in einen offenen Gegensatz zu den etablierten Zentren, kritisierten die hohe Abhängigkeit sowie den Bildungsstil, der weder politisches Bewußtsein noch das eigene Handeln über das direkte Umfeld hinaus förderte. Es gelang in Schleswig-Holstein, diese Ideen teilweise in die offizielle Politik einzubringen, so daß in diesem Bundesland heute Spuren selbstorganisierten Lernen und Handelns auch in offiziellen Schriften und Veranstaltungen vorkommen oder gefördert werden. Die Orientierung auf Agenda 21 und Nachhaltigkeit drängt dieses aber seit Ende der 90er Jahre wieder zurück. In Hessen dagegen entstand zwischen den Projektwerkstätten und den regierungsnahen Einrichtungen ein jahrelanger, eskalierender Streit, der mit dem Einsatz von Polizei seinen Höhepunkt entfaltete, um KritikerInnen aus Veranstaltungen zu verbannen.¹⁰ So konnten keinerlei Veränderungen erreicht werden, landesweit herrschte weiter unangefochten das inzwischen zur Akademie aufgewertete Naturschutzzentrum in Wetzlar, wo BeamtInnen des Forstministeriums als leitende MitarbeiterInnen und ein Vorstand aus Landtagsabgeordneten und angepaßten UmweltverbandsfunktionärInnen mit allen Mitteln eine unpolitische Bildungsarbeit durchsetzten und alle UmweltschützerInnen ausgrenzten, die nicht in den etablierten und stark staatsabhängigen NGOs und Zentren organisiert waren.

Ein typisches Beispiel für die Auseinandersetzungen war das Freiwillige Ökologische Jahr. Die VertreterInnen der Regierungen vertraten meist die Auffassung, das FÖJ möglichst geldsparend und ohne Mitbestimmungsrechte der FÖJlerInnen zu gestalten. Noch konservativer traten viele Umweltverbände auf – sie suchten billige Arbeitskräfte für ihre Geschäftsstellen oder Naturschutzzentren. Mitbestimmungsrechte der Aktiven sind ihnen ohnehin weitgehend fremd. Die Verbände verbündeten sich in dieser Frage in vielen Ländern mit Förstereien, Bildungseinrichtungen hierarchischer Verbände u.ä., die auch mit an den Verhandlungstischen saßen. Die Projektwerkstätten stellten in diesen Runden eine radikale Minderheit dar, die weitgehende Selbstbestimmung der FÖJlerInnen an ihren Dienststellen und das Recht auf Selbstverwaltung sowie Mitbestimmung in sie betreffenden Fragen einforderten. Je nach Haltung der RegierungsvertreterInnen wurden ihre Vorstellungen teilweise aufgenommen (wie in Schleswig-Holstein) oder ganz ausgegrenzt (Hessen).

Bis Mitte der 90er Jahre wurden von den Umwelt- und Projektwerkstätten viele Vorschläge, Konzepte und Papiere zu emanzipatorischen Aktionsformen, zur Jugendarbeit und Umweltbildung entwickelt und öffentlich vertreten. Im Mittelpunkt stand dabei die Handlungsorientierung, d.h. Wissensvermittlung sollte im Rahmen konkreter Projekt mit Umsetzungsanspruch erfolgen.¹¹ Zudem wurde das selbstbestimmte Lernen propagiert. Die Werkstätten standen über einige Jahre in einem intensiven Austausch miteinander. Zwischen 1994 und 1997 brachen diese Kontakte aber weitgehend zusammen, weil viele Werkstätten durch personellen Wechsel oder finanzielle Abhängigkeiten ebenfalls staatsnah wurden oder auf-

grund fehlender Aktivitäten ganz eingingen (siehe auch Kap. 3.6). Nur wenige der Anfang der 90er entstandenen Umwelt- und Projektwerkstätten behielten ihre Unabhängigkeit sowie den Bezug auf Themen und Organisationsformen politischer Bewegung. Am 1998 entstandenen Netzwerk „Umweltschutz von unten“ wirkten noch vier Projektwerkstätten mit, die Ansätze direkter Aktion und kreativem Widerstand aus den Jahren 2001 und 2002 wurden noch aus zwei Einrichtungen (Hamburg und Saasen) mitentwickelt. Im Laufe des Jahres 2001 kam es erstmals wieder zu Neugründungsversuchen – radikale Ökologie, emanzipatorische Politik und kreativer Widerstand waren neben dem Willen zu einer konsequenten Alltagspraxis der Antrieb. Ob solche Neuanfänge mit der weiterentwickelten Idee der Projektwerkstätten Chancen haben werden, ist zur Zeit nicht abschätzbar.¹²

Umweltbüros, -institute usw.

Neben den genannten Einrichtungen gibt es eine Vielzahl von Büros, Instituten usw., die mit ihren Angeboten im Bildungs- und Öffentlichkeitsbereich das Geschehen mitgestalten. Oft waren es kleine, professionelle Organisationen, deren Ausrichtung zunächst durch Ideen und Phantasie ihrer GründerInnen geprägt wurden. Spätestens mit dem finanziell gepushten Siegeszug der Agenda- und Nachhaltigkeitsdebatte orientierten sich die Büros und Institute jedoch auf diese Themen, ein wichtiger Teil der Vielfalt und Unabhängigkeit in der Umweltschutzbewegung verschwand.

Heute sind Umweltbüros und -institute meist eher wie eine Abteilung kommunaler oder staatlicher Verwaltung tätig, eigenständige Kampagnen oder Aktivitäten gehen von ihnen kaum noch aus. Viele sind Sitz von Agendatätigkeiten im offiziellen Auftrag von Städten oder Landesbehörden. Die größere Distanz zur Bewegung führt zu einer Annäherung an die Positionen zahlungskräftiger Konzerne und Regierungsstellen. So arbeitet das Öko-Institut inzwischen wie eine Behörde des Bundesumweltministeriums, etliche leitende Angestellte des Instituts übernahmen Aufgaben in Kommissionen und Ämtern, z.B. in der Atompolitik. Sie stützten damit die schwache Umsetzung des Wahlversprechens Atomausstieg. Ähnliche Veränderungen gibt es in anderen Gebieten – so kritisierte das Öko-Institut Anfang der 90er Jahre die Ideen des „Ökologischen Marshallplans“ und der Effizienzrevolution. Heute vertreten sie genau die damals kritisierten inhaltlichen Positionen. Das in der Wendezeit auf Ex-DDR-Gebiet entstandene Unabhängige Institut für Umweltfragen (UFU) näherte sich in eigenen Rundbriefen immer mehr einer Pro-Gentechnikposition an.

Im Original: Auszug aus dem Editorial des UFU-Rundbriefs, Juni 1999

Fairerweise sollte aber immer berücksichtigt werden, wovon eigentlich die Rede ist: von Gentechnik – einem technischen Vorgehen der Biowissenschaften mit Vor- und Nachteilen, die es abzuwägen gilt. Es geht eben weder um ein „glattes Bekenntnis“ zur Gentechnik, ... noch um grüne Fundamentalopposition. Aus unserer Sicht ist es durchaus legitim, daß einzelne Entscheidungen (z.B. ob ich Lebensmittel aus gentechnisch-verändertem Material kaufen will oder eben nicht) eine Frage des „Geschmacks“ sein können und auch unseren Vorstellungen auch sein sollen.¹³

Quellen zu 3.5

¹ Der Bereich Umweltbildung würde sich lohnen, genauer zu untersuchen zu werden, weil hier der Drang nach gutem Image, die Abhängigkeit von staatlichen Geldern, die Höhe der tatsächlich fließenden Zuschüsse und die Karrierechancen der ÖkopädagogInnen besonders ausgeprägt sind. So hat z.B. die Verlagerung von Förderungen aus dem Umweltbildungsbereich in die Agenda- und ModeratorInnenarbeit viele ehemals in der Umweltbildung tätige Personen „umsatteln“ lassen – denn in der Umweltbildung gilt der Satz „Gemacht wird, wofür es Geld gibt“ schon lange.

- 2 Anteil der Esoterikbücher und Lebensratgeber am gesamten Buchmarkt. Umweltschutzliteratur ist dagegen seit Mitte der 90er Jahre fast unverkäuflich.
- 3 Das Ökowerk Berlin bietet tiefenökologische Kurse an. In den Programmen der BUNDjugend tauchen spirituelle Themen auf (Tai Chi u.a.) und auf den landes- und bundesweiten Kongressen der Jugendumweltbewegung sind Meditationen und Bastelkurse am besten besucht – beginnend bereits auf dem Festival AufTakt 1993 in Magdeburg (siehe Kap. 3.6).
- 4 Ein prägnantes Beispiel ist die Evangelische Akademie Loccum. Seit Mitte der 90er Jahre stellt sie zunehmend eine wichtige Plattform für den Wandel gesellschaftlicher Debatte insgesamt und auch des Umweltschutzes hin zu einem markt- und staatsorientierten Kurs dar. Die Harmonisierung von Konflikten über moderne Vermittlungsverfahren prägt alle Seminare, bei denen es Nachhaltigkeit, die Verbindung von Ökologie und Ökonomie oder positive Bezugnahme auf die Expo 2000 ging. Eingeladen als ReferentInnen waren immer die RepräsentantInnen von NGOs, Firmen und Regierungen. BasisakteurInnen tauchten nicht auf, kritische Briefe wurde mit Beschimpfungen beantwortet.
- 5 Ausnahme ist z.B. das Otterzentrum in Hankensbüttel, das nicht nur Bewirtung, Tagungen und Raumvermietung anbietet, sondern sogar von BesucherInnen und -gruppen deftige Eintrittspreise verlangt. Das Modell funktioniert und finanziert dort ein großes Zentrum und etliche Hauptamtliche. In abgeschwächter Form würde es für kleinere Zentren aber auch reichen.
- 6 Weiteres, umfangreiches Zahlenmaterial in diesem Buch.
- 7 In vielen Einrichtungen sind die Hauptamtlichen nicht beim Zentrum selbst angestellt, sondern aus staatlichen Behörden abgeordnet. Sie bleiben dann den alten Dienstvorgesetzten untergeben.
- 8 Die BANU ist auch bundespolitisch aktiv, z.B. agiert sie zur Zeit als Vermittler zwischen Umweltverbänden und der Expo 2000.
- 9 Bis 1997 erschien jährlich bis halbjährlich das **Jugendaktionsheft Umwelt** mit genauen Beschreibungen und Terminen. Bezug des letzten gegen 4 DM bei der MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld.
- 10 So geschehen auf einer Besprechung zum Freiwilligen Ökologischen Jahr in Herbstein (Hessen). Veranstalter waren die Landesregierung und das Naturschutzzentrum Hessen.
- 11 Vor allem die Kinderaktion Umweltschutz (KAKTUS), aber auch die SchülerInnenaktion Umwelt bzw. die Projektorientierung insgesamt zeigen die Schwerpunkte der Handlungsorientierung und Selbstbestimmung.
- 12 Der Name „Projektwerkstatt“ spielt dabei keine Rolle – die als politische Freiräume gedachten Häuser und Stockwerke dokumentieren ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit auch durch verschiedene Namen. Hintergründe und Listen aktueller bzw. ehemaliger Projektwerkstätten sind unter www.projektwerkstatt.de zu finden. Diese Internetseite ist jedoch keine Gemeinschaftsseite der Werkstätten, sondern selbst als „Virtuelle Projektwerkstatt“ eigenständig und ein offenes Forum vieler Projektideen.
- 13 Daß bei einer weiteren Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut eine Reinhaltung anderer Anbauflächen gar nicht mehr möglich ist wegen der Gendriff (Austausch von Erbgut) und der Streuung bzw. Auskreuzung von Samen, ist dem UFU bekannt – daher ist ihre Position nicht nur pro Gentechnik, sondern auch gezielt verdummend gegenüber den Mitgliedern. Sie sind damit auf gleicher Linie wie die Gentechnik-Industrie.